

„Initiative für die Wärmewende in Berlin“

- Gemeinsame Erklärung -

Juni 2016

Das Land Berlin hat sich **ambitionierte Klimaschutzziele** gesetzt: Bis zum Jahr 2050 soll die Stadt „klimaneutral“ sein beziehungsweise ihre Emissionen um mindestens 85 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt haben. Mit 49 Prozent trägt der Gebäudesektor (Wohn- und Nichtwohngebäude) zu den Berliner CO₂-Emissionen bei. Sofern es gelingt, diesen Anteil signifikant zu senken, kann Berlin eine Vorreiterfunktion für das Gelingen der Wärmewende übernehmen. Den **Handlungsrahmen** dafür soll neben dem Berliner Energiewendegesetz das **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)** darstellen, das ebenso wie der Endbericht der **Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“** eine Vielzahl von Maßnahmenvorschlägen enthält.

Die „**Wärmewende Berlin**“ ist nicht nur maßgeblicher Baustein einer nachhaltigen Klimastrategie. Richtig umgesetzt, erzeugt sie auch ein hohes Maß an Kreativität und Innovation und ist damit auch eine **Chance für die Berliner Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft**.

Aber: Die energie- und klimapolitischen Ziele und Maßnahmen müssen stets die besondere **sozio-ökonomische Struktur Berlins beachten**. Das gilt für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb und in besonderem Maß für die Berücksichtigung sozialer Aspekte bei der energetischen Gebäudesanierung in der „Mieterstadt Berlin“.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage ist die **Fokussierung auf kosteneffiziente und praktikable Maßnahmen** auf Basis objektiver Potenzialanalysen maßgeblich für die Realisierung der CO₂-Einsparziele. Bei einer stringenten Orientierung an der **Zielgröße CO₂** und der Sicherstellung von **Technologieoffenheit** können die Maßnahmen in Wettbewerb zueinander treten und die klimapolitischen Ziele kosteneffizient erfüllt werden.

Es muss daher **vordringliche Aufgabe** sein, die Klimaschutzinstrumente „**Förderung**“ und „**Information**“ zu **verstärken**, um öffentliche und private Eigentümer und Unternehmen zu einem CO₂-optimierenden Investitionsverhalten auf freier Entscheidung zu motivieren. **Zusätzliches Ordnungsrecht** mit weitergehenden Verwaltungs- und Monitoring-Anforderungen ist hingegen **nicht zielführend**.

Wir sind überzeugt, dass bei **geeigneten Rahmenbedingungen** eine CO₂-Reduktion im Wärmemarkt sowohl wirtschaftlich und sozialverträglich für Nutzer als auch zum Nutzen der Berliner Wirtschaft insgesamt möglich ist.

Daher regen wir an, bundespolitische Maßnahmen – zum Beispiel des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) – durch **weitere Maßnahmen auf landespolitischer Ebene** zu flankieren.

- **Energetische Modernisierung im öffentlichen und privaten Gebäudebestand fördern**

Wir regen an, zusätzlich zu den Fördermöglichkeiten auf Bundesebene eigene landespolitische Instrumente (zum Beispiel im Rahmen eines Fonds-Modells) zu entwickeln, durch die zum Beispiel die Umsetzung von Maßnahmen auf Grundlage von Sanierungsfahrplänen im Berliner Gebäudebestand unterstützt werden kann.

- **Beratung und Information ausbauen und Qualifikation vorantreiben**

Berechnungen auf Grundlage eines detaillierten Modells des Berliner Wohngebäudebestands zeigen, dass bis 2050 CO₂-Einsparungen von knapp 70 Prozent sozialverträglich möglich sind. Voraussetzung dafür ist die Erstellung und Umsetzung eigentümerbezogener und gebäudeindividueller Sanierungsfahrpläne. Im Rahmen einer qualifizierten Beratungskampagne sollten öffentliche und private Eigentümer auf Basis von individuellen, stufenweise zu entwickelnden Sanierungsfahrplänen beraten werden. So können sie durch eine bessere Kostenabschätzung und Abstimmung der Maßnahmen kosten- und CO₂-effizienter sanieren, als dies vielerorts Praxis ist. Zudem lassen sich Mietumlagen für gewerbliche und private Mieter so sozialverträglicher gestalten. Wir fordern den Berliner Senat daher auf, den entsprechenden Vorstoß der Bundesregierung im Rahmen des NAPE durch eine zusätzliche Förderung von Sanierungsfahrplänen auf Landesebene zu unterstützen. Die im Entwurf des Energiewendegesetzes vorgesehene Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der Erstellung der Sanierungsfahrpläne sollte zügig vorangetrieben werden, um als Best-Practice-Beispiel dienen zu können.

- **Effiziente Strukturen für die Umsetzung der Wärmewende in Berlin schaffen**

Impulse für eine erfolgreiche Energiewende aus Wirtschaft und Gesellschaft müssen auch weiterhin mit hoher fachlicher, systemischer und kommunikativer Kompetenz gebündelt, Aktivitäten gesteuert und wesentliche Akteure mit ihren jeweiligen Projektideen zusammengeführt werden. Vor diesem Hintergrund fordern wir den Senat auf, eine geeignete Organisation zur Umsetzung der Energiewende in Berlin zu schaffen. Eine solche Organisation muss einerseits auf der politisch-strategischen Ebene institutionell verankert und legitimiert sein. Gleichzeitig muss eine funktionsfähige Organisation unter Einbindung des energiewirtschaftlichen Sachverständes der privaten Wirtschaft die Umsetzung der politischen Handlungsempfehlungen in der Praxis gewährleisten, das heißt objektive Potenziale identifizieren, klare Zielstellungen definieren und deren Umsetzung begleiten.

Wir werden uns als **Partner der Politik** und Ansprechpartner beziehungsweise Interessensvertreter der Eigentümer und Mieter sowie der Wirtschaft für die Umsetzung der Wärmewende in Berlin engagieren und unter anderem mit **folgenden Aktivitäten** zum Gelingen beitragen:

- Engagement in einer „Informationsoffensive Berlin“, unter anderem für die Erstellung von Sanierungsfahrplänen für private und öffentliche Gebäude sowie Weiterentwicklung von Informationstools für die langfristige Planung von energetischen Verbesserungsmaßnahmen
- Unterstützung bei der Identifikation, Planung und Umsetzung von Quartierskonzepten
- Identifikation und Vermarktung von Best Practices im Klimaschutz, wie beispielsweise Energiesparpartnerschaften, unter anderem über die Initiative der „KlimaSchutzPartner Berlin“
- Engagement beim Energieeinsparcontracting insbesondere für öffentliche Gebäude
- Verstärkte Integration der Themen in die berufliche Aus- und Weiterbildung
- Initiierung von Energieeffizienz-Netzwerken in der Berliner Wirtschaft

- Unterstützung bei Einbindung geeigneter privater Partner für die Gründung einer Energiewende-Organisation

Wir sind uns der eigenen Rolle als „Multiplikatoren“ für die Erreichung der Berliner Klimaziele bewusst und haben bereits große Erfolge im Bereich Energieeffizienz und CO₂-Reduktion erzielt – unter anderem auch als Partner des Berliner Klimabündnisses und mit unseren Klimaschutzvereinbarungen. Wir werden uns auch in Zukunft nach Kräften für die Energiewende und insbesondere die „Wärmewende“ in Berlin einsetzen.

Berlin, Juni 2016



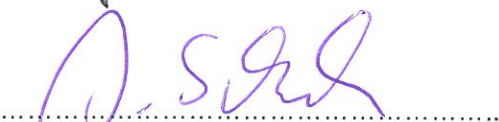
Architektenkammer Berlin



BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.



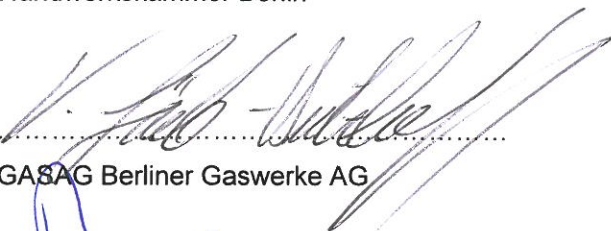
Industrie- und Handelskammer zu Berlin



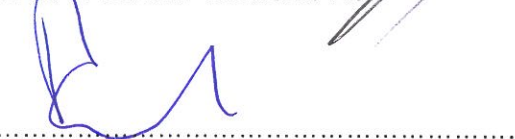
Innung Sanitär Heizung Klempner Klima Berlin



Handwerkskammer Berlin



GASAG Berliner Gaswerke AG



Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg e.V.